Deutschland

»Ich denke nur noch: Was kriege ich morgen zu essen.« ▶ S. 40

Kanzler Sebastian Kurz, Kanzlerin Angela Merkel in Berlin

ROBERT JÄGER / APA / PICTURE ALLIANCE

EU-Asylpolitik

Auswärtiges Amt kritisiert Wien

Österreich fordert Rückkehrzentren für abgelehnte Asylbewerber in Drittstaaten.

● Im Auswärtigen Amt (AA) stoßen die Reformpläne der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in der Asylpolitik auf massiven Widerstand. Das zeigen interne Vermerke und Mails, die dem SPIEGEL vorliegen. Anfang Juli hatten die Österreicher auf EU-Ebene ein Papier vorgelegt, das weit über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 28. Juni hinausgeht. Unter anderem forderte die Wiener Regierung eine Art europäische Obergrenze für Flüchtlinge, die Verbringung abgelehnter Asylbewerber in Rückkehrzentren in Drittstaaten sowie Asyl nur noch für Menschen, die europäische Werte respektieren. Das SPD-geführte Auswärtige Amt kritisierte intern, das Papier sei »tendenziös formuliert«. Es bediene »nicht nur das Vorurteil von schlecht ausgebildeten, delinquenten, jungen, allein reisenden Männern, sondern äußert auch grundsätzliche Zweifel an der Integrationsfähigkeit von Ausländern über Generationen«. Das Dokument enthalte Annahmen, »denen wir so nicht zustimmen können«. Kurz darauf legte Wien zwar eine überarbeitete Version vor, aus der die »verbalen Spitzen und Entgleisungen« entfernt worden seien, so das AA. Doch »problematische Forderungen« wie die nach einer »europäischen Obergrenze« seien weiter enthalten ebenso wie »Rückführungszentren in Drittstaaten«. Der Vorschlag, Schutz nur noch jenen Personen zu gewähren, die »europäische Werte« respektieren, sei nur »sprachlich kaschiert« worden. Das AA geht den Unterlagen zufolge davon aus, dass das Bundesinnenministerium »Teilen dieser robusten Vorschläge positiv gegenübersteht«. Diese Einschätzung passt zur Aussage von Innenminister Horst Seehofer (CSU), der nach einem Treffen mit seinem österreichischen Duzkollegen Herbert Kickl (FPÖ) am 4. September in Berlin sagte: »Hier unterstützen wir Österreich mit allem, was es in der Ratspräsidentschaft anstrebt.« SVE

Union

Rückenwind für Brinkhaus

● Die Kandidatur des CDU-Finanzexperten Ralph Brinkhaus für den Bundestagsfraktionsvorsitz nimmt Fahrt auf. Mehrere CDU-Abgeordnete sicherten dem Gegenkandidaten von Amtsinhaber Volker Kauder ihre Unterstützung zu. »Es ist gut, dass wir eine Alternative haben«, so der Abgeordnete Hans-Jürgen Thies. »Die Wahl von Brinkhaus wäre ein wichtiges Signal der Eigenständigkeit der Fraktion.« Auch der westfälische Abgeordnete Christian Haase sprach sich für Brinkhaus aus. Als Demokrat freue er sich, dass es zwei geeignete Kandidaten gebe. Unterstützung kam zudem vom Hamburger Parlamentarier Christoph Ploß. Der Westfale sei eine integre Persönlichkeit, lobte Ploß. Auf der Fraktionssitzung am Montag hatte Brinkhaus für seine Bewerbungsrede mehr Beifall bekommen als Kauder. Gewählt wird am 25. September. FLO, RAN